

Internationale Aspekte und Internationalisierung der Gedenkstättenarbeit

Thomas Lutz

Der Terror des Nationalsozialismus seit 1938 hat sich auch gegen Menschen aus anderen Staaten gerichtet. Sowohl in ihrer unfassbar großen Zahl von Opfern, als auch in der Qualität der Verfolgung vor allem aus rassistischen Motiven unterscheidet sich der Nationalsozialismus von anderen vergleichbaren Diktaturen.

Den interessierten Lesern des GedenkstättenRundbriefs ist diese Tatsache sicherlich bewusst. Aus eigener Erfahrung in zahlreichen Führungen durch die Ausstellung »Topographie des Terrors« oder Diskussionsveranstaltungen ist mir allerdings deutlich geworden, dass dieses Wissen in der deutschen Gesellschaft, aber auch im internationalen Diskurs, keineswegs Allgemeingut ist.

Der Hinweis, dass in den KZ und Außenlagern am Ende des »Dritten Reichs« deutsche Häftlinge eine verschwindend kleine Minderheit darstellten, führt ebenso zu Erstaunen im Publikum wie die Aufzählung der sehr vielen und sehr unterschiedlich behandelten Verfolgtengruppen.

Vor allem die »Germanisierungspolitik« der Nazis in Polen und der besetzten Sowjetunion ist heute immer noch wenig im Bewusstsein und wird durch die Ausrichtung der Behandlung der NS-Verfolgungsgeschichte als Holocaust eher wieder zurückgedrängt; sei es bezüglich der Opferzahl von über 20 Millionen Toten in der Sowjetunion – Nichtjuden und Juden –, der menschenunwürdigen Behandlung sowjetischer Kriegsgefangener durch Deutsche oder des Unwissens um Verbrechensorte östlich des Bug. Ein Lager und eine Mordstätte wie Maly Trostenez bei Minsk, wo hunderttausende von Menschen umgebracht wurden, ist in der westlichen Öffentlichkeit nur einem eingeweihten Fachpublikum bekannt.

Es ist selbstverständlich, dass sich nach der Befreiung vom Nationalsozialismus in den verschiedenen Staaten sehr verschiedene Erinnerungskulturen an die Zeit der NS-Besatzung herausgebildet haben – abhängig von der Verfolgungsgeschichte und der Art und Weise der Staatengründung im Nachkriegseuropa.

Darüber hinaus ist es verständlich, dass die ehemals überfallenen Staaten in ihrer diplomatischen Rolle, aber auch deren Einwohner sensibel darauf geachtet haben (und dies heute noch tun), wie man mit der Erinnerung an diese Verbrechen und die Verbrechensorte in Deutschland umgegangen ist bzw. umgeht. Diese Orte sind auch europäische Friedhöfe – Friedhöfe für unzählige Menschen, die keinen Grabstein besitzen.

Die Alliierten haben daher nicht nur die Verbrechen von Deutschen an Ausländern zur Anklage gebracht. Sie haben zumindest bis zum Beginn des Kalten Krieges in vielfältiger Weise Bemühungen, diese Geschichte aufzuarbeiten und der Opfer zu gedenken, unterstützt.

In den Zeiten der »Friedhofsruhe« im Umgang mit der NS-Vergangenheit in (West)Deutschland in den fünfziger bis siebziger Jahren waren es vor allem die im Ausland organisierten Verbände der Überlebenden, die immer wieder ein würdiges Gedenken an ihre Freunde, Verwandten und Leidensgenossen in Deutschland eingeklagt

haben. Man kann die Bedeutung, die diese internationalen Organisationen an der Errichtung von Gedenkstätten hatten, kaum hoch genug einschätzen: Diese Menschen waren und sind nicht nur für die Deutschen, die diese Erinnerungsarbeit begonnen haben, Vorbilder, sie konnten als Zeitzeugen viel zur Erhellung der Geschichte beitragen und waren und sind als Lobbyisten unersetzbar.

Die Anerkennung der Opfer und die öffentliche Auseinandersetzung mit den NS-Verbrechen hat sich in den letzten zwei Jahrzehnten stark gewandelt. Allen Unkenrufen zum Trotz hat die Auseinandersetzung mit der NS-Verfolgung unter dem Begriff »Holocaust« eine weltweite Ausdehnung und Intensivierung erfahren.

Dabei hat sich eine Akzentverschiebung in der öffentlichen Bewertung des national-sozialistischen Regimes vollzogen: Von der bürokratisch-wirtschaftlich ausgerichteten Stamokap-Theorie, in der die These Georgi Dimitroffs eine wichtige Rolle spielte, zum »Holocaust«¹, der die Handlungen des NS-Regimes aus der Perspektive der jüdischen Opfer beschreibt.

Sicherlich müssten bei einer differenzierteren, diesen Text sprengenden Betrachtung der Verschiebung der inhaltlichen Perspektive noch zahlreiche andere Faktoren einbezogen werden: die Veränderung der Zeitzeugengeneration mit dem zunehmenden Abstand von der NS-Zeit, der Zusammenbruch der kommunistischen Regime, die sich verändernde Medienlandschaft, um nur einige zu nennen. Eine differenzierte Untersuchung müsste auch der These Rechnung tragen, dass sich in Bezug auf das Verständnis des Holocaust eine säkulare Religion entwickelt hat, die grenzübergreifend ist.²

Als Fazit bleibt festzuhalten: Dieser Wandel in der Beschreibung der Triebkräfte für die Darstellung der NS-Verbrechen hat – sehr verallgemeinernd formuliert – eine Veränderung der politischen Vorzeichen, aber keine Änderung in dem Versuch der politischen Nutzenanwendung mit sich gebracht – und birgt weiterhin die Gefahr in sich, damit die Opfer zum zweiten Mal zu Objekten der Geschichte zu machen.

Die Art und Weise der öffentlichen, politischen Nutzung des Holocaust steht im Widerspruch zu dem internationalen Fachdialog, der sich wesentlich intensiviert, versachlicht und differenziert hat. Hierzu hat der Wissenszuwachs, den die historische Forschung zu diesem Thema gerade in den letzten beiden Dekaden hervorgebracht hat, besonders beigetragen.

Diese Veränderungen in der inhaltlichen Darstellung der NS-Verfolgungsgeschichte führt zu praktischen Konsequenzen in der Bildungsarbeit. Der Bildungsgehalt der mit diesen Veränderungen entstandenen Methode der »Holocaust-Education«, die selbst vom Brandenburgischen Bildungsminister Steffen Reiche³ als Mittel zur Bekämpfung des Rechtsextremismus vorgeschlagen wurde, ist äußerst zweifelhaft.

Zunächst muss man konstatieren, dass die Methode in den USA entstanden ist, wo sie in einem ganz anderen kulturell-historischen Umfeld angewandt wird als z.B. in Deutschland. Dies alleine würde eine unreflektierte Übernahme dieser Methode verbieten.

Aus eigener Anschauung heraus und durch Berichte über verschiedene dieser Programme in den USA und Großbritannien bin ich erschrocken, wie banal dort die Geschichte des europäischen Judentums und die Bemühungen um dessen Auslöschung Schülern – teilweise Grundschulern – und Studenten nahe gebracht wird. Vor allem die Art und Weise, wie dabei häufig Zeitzeugen benutzt werden, um eine emotionale Atmosphäre zu schaffen, die überwältigt, aber nichts erklärt, hat mich abgeschreckt. Zudem befürchte ich, dass eine auf diese emotionalen Elemente aufgebaute Pädagogik

in dem Moment vollkommen in sich zusammenfällt, in dem keine Überlebenden mehr auftreten, die zumindest durch ihre Präsenz eine Aura herstellen können.

Wenn dieses Theorem des »Holocaust« auf Deutschland und Europa übertragen würde, wäre das besonders für die Institutionen der Wissensvermittlung katastrophal. Deren Sammlungen müssten nach ganz anderen Ordnungssystemen ausgerichtet werden. Große Teile des heute vorhandenen Wissens würden verloren gehen. Sie wären über die entsprechend geänderten Kataloge und Suchsysteme schlicht nicht mehr zu finden.

Die »Task Force for International Cooperation on Holocaust Education Remembrance and Research« ist ein Beispiel dafür, dass eine gut gemeinte Aktivität nicht gut sein muss. Nachdem in Schweden ein Buch⁴, das aus der Perspektive der Opfer die gesamte Geschichte der nationalsozialistischen Verfolgung beschreibt, überaus großen Erfolg hatte, hat sich die schwedische Regierung darum bemüht, diese Form der Aufklärung über den Holocaust auch in anderen Ländern zu verbreiten, im Blickpunkt waren vor allem die Länder Mittel- und Osteuropas.

In zwei deutschen Bundesländern wurde diese schwedische Publikation von Bruchfeld und Levine⁵ an den Schulen verteilt. Die Sinnhaftigkeit dieser Verteilungsaktion der Bildungsministerien in Schleswig-Holstein oder Hamburg, die dieses Buch haben übersetzen und an allen Schulen in den jeweiligen Bundesländern verteilen lassen, muss jedoch angezweifelt werden. Zumal man in der Schleswig-Holsteinischen Lehrbuchausgabe allen im Landtag vertretenen Parteien die Möglichkeit eingeräumt hat, den Schülern Grußworte mit auf den Weg zu geben. Dies ist eher ein Ausdruck der political correctness der jeweiligen Bildungspolitik als des Interesses daran und Wissens darüber, welche Literatur zu diesem Thema in Deutschland erschienen ist und wie der Schulunterricht tatsächlich von statten geht. Hier gibt es vielfältigere und bessere Möglichkeiten, die Bildungsarbeit zu unterstützen, als mit Medienrummel den Schulen ein Buch zu schenken.

Die schwedische Regierung hatte zunächst Israel und die USA eingeladen, an der Task Force mitzumachen. In der Zwischenzeit sitzen bei den zwei- bis dreimal pro Jahr stattfindenden Sitzungen 60 bis 70 Diplomaten und Experten aus zehn Ländern zusammen. Schon die Begrifflichkeit der ersten Papiere, in denen die internationale Kooperation als »field mission« bezeichnet wurde und für alle Länder einheitliche »guidelines« entwickelt werden sollten, macht die Unsensibilität gegenüber dem Umgang mit der Geschichte der NS-Verfolgung und den sehr unterschiedlichen Erinnerungskulturen, die in den Ländern Europas bestehen, offenkundig.

Diese Überlegungen offenbaren, dass die Länder, in denen die Holocaust-Education verankert werden soll, eher als Entwicklungsländer angesehen werden, denn als Partner – im staatlichen und nicht-staatlichen Rahmen –, mit denen man im gleichberechtigten Dialog zu einer Vertiefung der Diskussion um die historischen Abläufe und Fakten, die Anerkennung aller Opfer und der Gegenwartsbedeutung dieser Geschichte kommen möchte.

Die jeweils bestehenden Erinnerungskulturen, die vor allem in Mittel- und Osteuropa seit der Wende starken Veränderungstendenzen unterliegen, werden bei einer solchen Entwicklungspolitik nicht wahrgenommen. Ohne Anbindung an die bestehenden Bedingungen in den jeweiligen Ländern, können diese Aktivitäten höchstens als politische Rechtfertigung, aber kaum als nachhaltige Bildungsmaßnahmen Sinn machen. Vor allem, wenn man beabsichtigt, die verschiedenen Erinnerungskulturen kritisch zu hinterfragen und deren Mythen aufzulösen.

Jeweils um den 27. Januar herum haben in den letzten beiden Jahren in Stockholm auf Einladung der schwedischen Regierung Konferenzen zum Holocaust stattgefunden. Bei der ersten im Jahr 2000 haben 48 Länder teilgenommen, häufig sogar durch ihre Staats- und Regierungschefs vertreten.⁶ Dabei wurde deutlich, welche problematischen historischen und erinnerungspolitischen Konsequenzen der mittlerweile eingebürgerte Begriff des »Holocaust« mit sich bringt. Diese durchgängige Tendenz möchte ich an einem Beispiel aufzeigen:

Der polnische Staatschef Aleksander Kwasniewski hat in seiner Rede⁷ als Opfer des Holocaust die polnischen Juden gewürdigt. Die polnischen Gajim, die mindestens die Hälfte der polnischen Opfer während der deutschen Besatzungszeit ausgemacht haben, fanden in seiner Rede keine Erwähnung. Es ist eine erfreuliche – und notwendige Entwicklung – wenn in der polnischen Gesellschaft das Gedenken an die ermordeten Juden größere Aufmerksamkeit findet, was durch die Rede des Staatspräsidenten im Rahmen eines solchen Forums vor den Ohren des israelischen Ministerpräsidenten ausgedrückt wurde. Der hier vollzogene Austausch der einen Opfergruppe – der polnischen Nichtjuden – durch die andere – der polnischen Juden – dient jedoch mehr der politischen Instrumentalisierung der Geschichte als der Anerkennung der historischen Ereignisse.

Man kann das Schicksal der polnischen Judenheit unter der NS-Besatzung nur begreifen, wenn man es in den Zusammenhang mit der gesamten Besatzungspolitik und der Behandlung der gesamten Bevölkerung betrachtet. Die Dekontextualisierung des Judenmords macht die historischen Prozesse unverständlich. Vor allem wird man bei einer solchen Einschränkung der historischen Betrachtung keine Chance haben, den speziellen polnischen Mythos der Darstellung der NS-Verbrechen, den ich mit den Stichworten Märtyrertum und Antisemitismus umreißen möchte, und der gerade langsam aufzubrechen beginnt, in geeigneter Form zu thematisieren.

Zu spekulieren bleibt, warum es diese aktuelle Kehrtwende bzgl. der Anerkennung der NS-Opfer in Polen – und anderen Staaten Mittel- und Osteuropas – gibt? Ist Präsident Kwasniewski in Stockholm davon ausgegangen, dass auf dieser Konferenz lediglich das Schicksal der Juden als NS-Opfer behandelt werden soll und hat daher von sich aus die übrigen nicht mehr erwähnt? Zumindest für Polen ist diese Vermutung alleine nicht ausreichend. Im Januar 2001 hat zum ersten Mal eine Tagung stattgefunden⁸, die die Erinnerungskultur hinsichtlich der Darstellung des Genozids an den Juden in Polen ausdrücklich thematisiert hat. Dies ist zunächst eine erfreuliche Öffnung in der Wahrnehmung der NS-Verfolgungsgeschichte im heutigen Polen. In den Grußworten der Ministerien für Nationale Erziehung und für Kultur und Nationales Erbe oder durch den Präsidenten des Instituts für Nationales Gedenken wurde jedoch die bereits vom Staatspräsidenten in Stockholm vorgenommene Ausweklung der Opfergruppen bestärkt. So erscheint es, dass diese stärksten Motive der Änderung der Erinnerungspolitik in einer anderen Form der politischen Instrumentalisierung zu suchen sind. Eine sachliche Aufarbeitung oder nachhaltig veränderte Bildungsarbeit kann so sicherlich nicht forciert werden.

Auf mich wirkt es schon sehr befremdlich, wenn in der Task Force darüber berichtet wird, wie Niederländer in Tschechien Seminare veranstalten, um dortigen Lehrern die Geschichte des Holocaust zu vermitteln, oder wenn litauische Pädagogen diese Geschichte von Organisationen aus Großbritannien gelehrt bekommen. Ein Seminar-

programm für litauische Lehrer, das von dem London Jewish Cultural Center veranstaltet wird, weist ausschließlich eine Beschäftigung mit dem jahrhundertealten Antisemitismus, der NS-Verfolgung der Juden und dem jüdischen Leben heute auf.

Ohne Zweifel bestehen bezüglich dieser Themen große Wissensdefizite, so dass es sinnvoll ist, auch solche Bildungsangebote zu machen. Das florierende und täglich präsente jüdische Leben ist nahezu vollkommen zerstört worden, dort lebende Juden versuchen eher auszuwandern und die für den Tourismus wiederentdeckte jüdische Geschichte wird sehr folkloristisch vermarktet.

Es wird jedoch keine nachhaltigen Einstellungsänderungen in der Gesellschaft bzgl. des Geschichtsbildes über die NS-Verbrechen und deren Gegenwartsbedeutung geben, wenn die Geschichte Litauens im 20. Jahrhundert, inklusive der deutschen und sowjetischen Besatzungspolitik, nicht einmal historisch behandelt wird. Dann ist es nicht möglich, die Erinnerungsmythen sowie den heute noch bestehenden Antisemitismus und an die Macht gelangten Nationalismus in irgendeiner Weise zu bearbeiten. Zudem dürfte dies nur in einer komplizierten und langwierigen Zusammenarbeit mit Partnerorganisationen im Lande durchzuführen sein.

Die Beobachtung der Entwicklung der Task Force-Meetings zeigt auf der anderen Seite aber auch, dass der internationale Dialog, auch wenn er auf einer falschen Voraussetzung beruht, Früchte tragen kann. So kann durch die gemeinsame Diskussion und die Vorstellung der konkreten Tätigkeit, wie dies unter dem deutschen Vorsitz im letzten Jahr mit den Besichtigungen und Konferenzen in den Gedenkstätten Buchenwald und Sachsenhausen geschehen ist, ein Verständnis für die unterschiedlichen Ansätze überhaupt erst hergestellt werden.

Auch die Diskussionen in der »Memorials Working Group« führen dazu, dass im internationalen Vergleich ein viel genauerer Kenntnisstand über die national sehr unterschiedlichen Bedingungen von Gedenkstättenarbeit entsteht. Dieses Wissen ist die Voraussetzung dafür, wesentlich sensibler als zu Beginn über Art und Weise der internationalen Zusammenarbeit zu reflektieren und danach zu handeln.

Dass Präsident Kwasniewski diese Rede – in der beschriebenen Zielrichtung wie zahlreiche andere Staatschefs auch – gehalten hat, hängt vermutlich mit einer anderen Funktion zusammen, die der Holocaust-Education und -Remembrance als moralische Richtschnur für politisches Handeln beigemessen wird. Es wäre sicherlich notwendig, auch dieses politologisch genauer zu untersuchen. Dennoch möchte ich hier die These wagen, dass der Holocaust genutzt wird, um bei den potentiellen EU-Beitrittsländern eine moralische Basis zu schaffen, die eine Grundlage für eine demokratische Entwicklung dieser Gesellschaften nach westlichem Vorbild bilden soll.

Am Fall der Ausgrenzung Österreichs nach der Regierungsbeteiligung der FPÖ – und die auf dem Task Force Meeting in Stockholm im Januar 2000 besprochen wurde – kommentiert Eckhard Fuhr die Politik Gerhard Schröders: »Am Fall Haider sollte ein europäischer Paradigmenwechsel vollzogen werden durch die Umdeutung des alten Antifaschismus in eine neue Menschenrechtsideologie, die das christlich-abendländische Europa-Verständnis ersetzen soll. Die europäische Linke sucht so das einstige Muster der ideologischen Hegemonie nach dem Ende des Sozialismus wie der klassischen Sozialdemokratie mit neuem Inhalt zu füllen.«⁹

Von der Politik und den Medien wird der Holocaust, nach oberflächlicher Beschäftigung mit dem Thema, unkritisch als Darstellungsform der NS-Verbrechen für die

Aufarbeitung in Deutschland übernommen. Die Gedenkstätten Yad Vashem in Jerusalem und das U.S. Holocaust Memorial Museum in Washington sind die großen Vorbilder.

Auch diesbezüglich empfiehlt sich eine differenzierte Betrachtungsweise: Dabei ist zu allererst zu berücksichtigen, dass die Staaten und Gesellschaften in den USA und Israel die Erinnerung an die NS-Verbrechen so wert schätzen, dass sie sich zentrale Einrichtungen leisten, die von der Ausstattung her jeweils etwa das Volumen aller Gedenkstätten an den Orten ehemals selbständiger KZ in Deutschland zusammen haben dürften.¹⁰

Der Hauptunterschied in der öffentlichen Wahrnehmung in Ländern wie Israel oder den USA, der aber auch von anderen Verfolgtenorganisationen etwa aus Frankreich vertreten wird, ist die Perspektive aus der Sicht der Opfer. In Deutschland wird die Erinnerungskultur getragen von den Nachkommen der Täter und Mitläufer. Von daher ist die Sichtweise und sind die Fragestellungen zwangsläufig unterschiedlich.

Auf der professionellen Ebene, in der Aufbereitung von Akten und Bildmaterial, in der Zusammenstellung von Materialien und der Ausarbeitung von Bildungsprogrammen sowie in der öffentlichen Lobby haben sich die amerikanischen und israelischen Einrichtungen große Verdienste auch in der Zusammenarbeit mit Gedenkstätten in Deutschland erworben. Gerade die Ausstellung im Washingtoner Museum mit ihrer Inszenierung von Geschichte in Geschichten hat Möglichkeiten der Darstellung eröffnet, die Auswirkungen auf die Gestaltung neuer Ausstellungen in Gedenkstätten in Deutschland hat.

Darüber hinaus gibt es bei der Gestaltung von Ausstellungen gravierende Unterschiede in der inhaltlichen Schwerpunktsetzung: Eine gründliche Analyse der Ausstellung im Washingtoner Museum bringt zu Tage: Dort erscheinen die Täter ausschließlich auf der ersten Ausstellungsebene, danach werden sie bis zur Darstellung auf einigen Videobildschirmen über die Nachkriegsprozesse am Ausstellungsende nicht mehr erwähnt. Keine einzige nationalsozialistische Organisation wird in der gesamten Ausstellung erklärt.¹¹

Oberflächlich wird häufig der wesentliche Unterschied in der Darstellung der NS-Verbrechen in Deutschland und in den übrigen Ländern damit umschrieben, dass man hier die Täter beleuchten müsse, dort in der Tradition der Opfer stehe. Diese vermeintliche Trennung von Opfern und Tätern ist historisch nicht zu begründen, da man nur verstehen kann wer Opfer wurde, wenn man sich damit auseinandersetzt, warum die Täter sie entsprechend definiert, verfolgt und ermordet haben. Gedenkstättenpolitisch ist eine solche Trennung unsinnig, da auch in Deutschland der Ansatzpunkt der Auseinandersetzung mit den NS-Verbrechen das Interesse an dem Schicksal der Opfer, die Forderung nach deren gesellschaftlichen Anerkennung und finanzieller Entschädigung war.

Auch die Darstellung von Tätern, die in moderneren Ausstellungen nicht mehr als Bestien, sondern mit ihren gesellschaftlichen Bezügen biographisch dargestellt werden, findet statt, um der Frage näher zu kommen, wie diese Menschen in der Lage waren, so zu morden. Die Gegenwartsbedeutung dieser Darstellung liegt in dem Erschrecken darüber, wie nahe Massenmord und normales Leben beieinander liegen können.

Die Trennung von Opfern und Tätern ist aber auch für die »Opferländer« ein einfacher Ausweg. Wenn man die Geschichte der NS-Verfolgung in Frankreich nur als Beschäftigung mit der Resistance und den Opfern, die dieser Widerstand gefordert hat, betreibt, muss man sich mit der Kollaboration nicht auseinandersetzen. In Italien kann



oben: U.S.-Holocaust-Memorial-Museum, Eingangshalle, 1994.
Foto: Gunnar Richter



Teilnehmende des deutsch-amerikanischen Gedenkstätten-seminars im September 1994, Rundgang durch Abteilungen des U.S.-Holocaust-Memorial-Museums.
Foto: Stefanie Endlich



Bodo Ritscher (Gedenkstätte Buchenwald) bei einer Präsentation der Gedenkstättenarbeit im Goethe-Institut, Washington DC, September, 1994.
Foto: Stefanie Endlich

man bei der ausschließlichen Anerkennung der Opfer deutscher Besatzungspolitik einfach über die Untaten des italienischen Faschismus hinwegsehen. Im Baltikum oder der Ukraine wird beim Gedenken an die Toten der eigenen Nation die Mittäterschaft der eigenen Bevölkerung verdrängt. Gerade der internationale Dialog kann dazu dienen, diese nationalen Mythen der Erinnerung aufzuzeigen und zu bearbeiten.

Erst mit der Einrichtung und zunehmenden Institutionalisierung von Gedenkstätten in Deutschland – wenn auch im Vergleich zu Museen immer noch auf sehr niedrigem Niveau – sind Einrichtungen entstanden, die die Tatorte erhalten, deren Geschichte erforschen und dokumentieren, sowie Bildungsangebote erarbeiten. Abgesehen von der KZ-Gedenkstätte Dachau sind damit erst in den letzten beiden Jahrzehnten die für einen internationalen Dialog notwendigen professionellen Grundlagen geschaffen worden. Der Austausch über die Grenzen hinweg hat vor allem in den letzten zehn Jahren enorm zugenommen. Dennoch ist eine zwischenstaatliche Kooperation zumeist auf ein bestimmtes Projekt und auf zwei oder wenige Partner beschränkt. Lediglich das von der Gedenkstätte und Museum Sachsenhausen forcierte, durch die EU geförderte CAMP-Projekt bringt Einrichtungen aus einem halben Dutzend Ländern für einen längeren Arbeitsprozess zusammen. In diesem Projekt werden Sammlungsbereiche von Gedenkstätten für eine Internetpräsentation aufbereitet.

Für die Stiftung Topographie des Terrors standen die Länder Polen und Italien in den letzten Jahren im Zentrum des internationalen Dialogs. Bei den Bemühungen, diese Zusammenarbeit über Jahre hinweg durch eine Reihe von gemeinsamen Besprechungen, Seminaren und Studienreisen zu verstetigen, wurde ein Problem deutlich: Es gibt in keinem Land ein so gut ausgebautes Informationsnetz und eine Kooperation wie in Deutschland. Sowohl in Polen als auch in Italien war und ist es aufgrund der dort nicht vorhandenen Strukturen wesentlich komplizierter, mit vertretbarem Aufwand im gleichzeitigen Diskurs mit einer Gruppe von Institutionen zu bleiben. Um so erfreulicher ist es, zu erleben, dass dieser Dialog für die Partner im Ausland hilfreich ist.

So haben sich z.B. in den Gedenkstätten Belzec, Kulmhof, Sobibor und Treblinka in den letzten Jahren Entwicklungen in der Sammlungs- und Ausstellungstätigkeit vor Ort ergeben, die gerade wegen der schlechten Rahmenbedingungen sehr beachtlich sind. Für die Kollegen waren die gemeinsamen Diskussionen zur Neugestaltung von Ausstellungen, die an zahlreichen Beispielen in Deutschland und Polen diskutiert wurden, sehr hilfreich, und Erfahrungen konnten ganz konkret umgesetzt werden.

Bereits vor einem Jahrzehnt hat Wulff E. Brebeck als erster den Vorschlag gemacht, die internationale Zusammenarbeit der Gedenkstätten unter dem Dach des International Council of Museums zu institutionalisieren. Hierbei hatte er auch die Entwicklung der Gedenkstätten zu zeitgeschichtlichen Museen im Auge.¹²

Mit der zunehmenden Institutionalisierung müssen Arbeitsbereiche professionell betreut werden, die den zahlreichen aus einem bürgerschaftlichen Engagement heraus gewachsenen Einrichtungen zunächst fremd sind: Bewahrung von Geländen und Gebäuden unter Aspekten des Denkmalschutzes oder der Aufbau einer Sammlung. Eine internationale Organisation, die ausgewiesene Fachleute auf den verschiedenen Gebieten vereint, kann auch für die mit der detaillierten Kenntnis aller Fachfragen überforderten Gedenkstätten eine große Hilfe sein. Hier können auch Standards für die internationale Zusammenarbeit erarbeitet werden, etwa zum Abgleich von Datenbanken, die gemeinsame Suche nach Literatur verschiedener Gedenkstätten über ein Portal etc.



Besuch der KZ-Gedenk-
stätte Groß-Rosen,
Mai 1995,
Foto: Verband der
vom III. Reich
geschädigten Polen



Bürgermeisterin Sabine
Bergmann, Reinhard
Rürup, Empfang für die
Teilnehmenden der
Studienreise für Ge-
denkstättenmitarbeiter
aus 12 Ländern, 1997.
Foto: Hans D. Beyer/
Stiftung Topographie
des Terrors



Japanische Lehrer
während eines Infor-
mationsbesuchs in der
Stiftung Topographie
des Terrors in Berlin,
1999, Foto: privat

Gerade wenn in Zukunft die Lobby für die Gedenkstätten durch die Überlebenden nicht mehr vorhanden sein wird, ist eine institutionalisierte internationale Unterstützung für die Gedenkstätten von noch größerer Bedeutung. Die internationale Museumsorganisation (International Council of Museums) kann hierbei große Hilfe leisten, z.B. indem dort fachliche Mindeststandards für die Arbeit von Gedenkstätten festgelegt werden, die auch einer entsprechenden finanziellen Ausstattung bedürfen.

Mit der Forcierung der Gründung eines internationalen ICOM-Komitees für Gedenkstätten¹³ stellt sich erneut eine Frage, die nach der deutschen Einheit bereits virulent geworden ist: Ist es möglich, den Gedenkstättenbegriff auf die Zeit der nationalsozialistischen Verfolgung zu beschränken?

Die Diskussion um die Einrichtung und Ausgestaltung von Gedenkstätten an Orten von NKWD-Lagern oder Stätten der SED-Diktatur war und ist oft politisch motiviert. Die Instrumentalisierung für die jeweiligen Ziele steht im Vordergrund, der kritische, fachliche Dialog und Streit um die inhaltlich notwendige und sinnvolle Arbeit dieser Einrichtungen gerät dabei ins Hintertreffen. Wenn man diese Form der Politisierung zu recht ablehnt, entbindet dies jedoch nicht von der Tatsache, dass aufgrund staatlichen Unrechts – teilweise an den Orten ehemaliger KZ – eine große Zahl von Menschen umgekommen ist. Wie die Beispiele der Aufarbeitung, z.B. im Speziallagersmuseum in der Gedenkstätte Buchenwald, zeigen, ist es notwendig, diese Verbrechen historisch aufzuarbeiten und zu dokumentieren. Wenn dies fundiert geschehen ist, wird gerade im Vergleich der Unterschiede deutlich.

Zumindest macht die Diskussion in Deutschland offenkundig, dass der Begriff Gedenkstätte über den Zeitraum von 1933–1945 hinaus allgemein genutzt wird. Trotz der sehr unterschiedlichen historischen Bedingungen an den zu bearbeitenden Orten sind die musealen Fragen, die sich bei der Errichtung einer Gedenkstätte zur Erinnerung an Opfer des NKWD- oder der SED-Diktatur ergeben, in vielen Bereichen mit denen von NS-Opfer-Gedenkstätten deckungsgleich. Dies ist ein weiterer Grund, für eine Zusammenarbeit zu plädieren.

Die Erfahrungen mit einer im Jahr 1998 durchgeführten Veranstaltung mit dem Thema »Der Umgang mit der Vergangenheit nach der Überwindung von Diktaturen. Unterschiede und Übereinstimmungen zwischen Argentinien, Chile, Deutschland, Polen und Südafrika«¹⁴, hat die Überzeugung verstärkt, für eine Öffnung des historischen, durch die Auseinandersetzung mit der NS-Verfolgung in den letzten zwei Jahrzehnten genutzten Gedenkstättenbegriffs zu plädieren.

Schon in der ersten Seminareinheit, in der die historischen Voraussetzungen der verschiedenen Diktaturen geklärt wurden, wurde offenkundig, dass sich die NS-Diktatur sowohl in Qualität als auch in Quantität ihrer Verbrechen vollständig von den anderen Diktaturen abhebt. Gerade deshalb war aber das Interesse, wie man in Deutschland angesichts der viel größeren und damit auch viel deutlicheren, aber schon über Jahrzehnte bearbeiteten Probleme Formen des Umgangs gefunden hat, sehr groß. Die Diskussionen waren vom großen Interesse am Lernen aus den Erfahrungen der anderen Teilnehmenden geprägt – bei gleichzeitigem Grundverständnis über die historischen und gesellschaftspolitischen Unterschiede.

Wenn man von der Internationalisierung der Gedenkstättenarbeit spricht, darf man die Interkulturalität nicht aus dem Auge lassen. Obwohl sie heute schon eine wichtige Rolle in der Gedenkstättenpraxis spielt, beginnen die Reflexionen darüber erst



*Gedenkstättenteiler aus Deutschland im Skulpturengarten zur Erinnerung an die Deportation, Museum und Gedenkstätte Carpi (Italien), Mai 1999.
Foto: privat*

*Übergabe der Skulptur
»Die verlorene Melodie«
von Ingeborg Hunzinger
an Carlo Spartaco
Capogreco (links),
Direktor der Fondazione
per l'amicizia tra
i popoli, Februar 2000.
Foto: Hans D. Beyer/
Stiftung Topographie
des Terrors*



*Diskussion über
Erinnerungskulturen in
Deutschland und
Italien im Vergleich,
Berlin, Februar 2000.
Foto: Hans D. Beyer/
Stiftung Topographie
des Terrors*



langsam. Im internationalen Vergleich wird die Interkulturalität in der Auseinandersetzung mit der NS-Geschichte in den verschiedenen Ländern sichtbar. Ich bin immer wieder erstaunt darüber zu erfahren, wie die Erinnerungskulturen an bestimmte Verbrechenkomplexe nebeneinander bestehen. So wird die Erinnerung an das Schicksal von Juden und Nichtjuden, vor allem in mittel- und osteuropäischen Ländern, von ganz unterschiedlichen Gruppen wachgehalten. In Italien bestehen Erinnerungszirkel je nach Partei- oder Religionszugehörigkeit vollkommen losgelöst nebeneinander – um nur einige Beispiele auszuwählen. Jeweils angepasst an die Bedingungen der Länder kann eine Bearbeitung der verschiedenen Erinnerungskulturen einen Diskurs fördern, der wichtiger Bestandteil einer demokratischen Zivilgesellschaft ist.

Die Darstellung der internationalen Verfolgungsgeschichte in Gedenkstätten trägt viele Chancen eines interkulturellen Dialoges in sich. Es gibt in Deutschland kaum andere Institutionen, an denen die Geschichte von Nicht-Deutschen mit so viel Ernsthaftigkeit und Empathie dargestellt ist, wie hier.

Zumindest in Großstädten in Deutschland bestehen Schulklassen, die die Gedenkstätten besuchen, zu einem großen Teil aus Schülern, die in der zweiten oder dritten Generation in Deutschland leben. Sie haben von daher weder biographische, noch kulturelle oder nationale Bezüge zur Geschichte der NS-Verbrechen. Der vor zehn Jahren so griffige Satz: »Die Jugend sei nicht Schuld an den deutschen Verbrechen, aber sie sei verantwortlich dafür, wie in Deutschland heute damit umgegangen wird«, hat damit eine ganz andere Konnotation erhalten.

Die Setzung einer deutschen Leitverantwortung trägt eine moralische Kategorie in sich, die eher abschreckt, als dass sie ein Interesse an einer Auseinandersetzung mit dieser so grausamen und hoffnungslosen Geschichte weckt. Für diese Jugendlichen muss der Begriff der Verantwortung für diese Geschichte, die sicherlich wesentlich universellere Züge tragen muss, verändert und methodisch neu umgesetzt werden.

Nicht nur wegen der allgemeinen Globalisierung, sondern auch gerade weil der Holocaust weltweit als das Synonym für das Böse gebraucht wird, wird das internationale Interesse an diesem Teil der deutschen Geschichte noch zunehmen. Dabei ist es gerade von deutscher Seite aus wichtig, den natürlichen Tendenzen, auf der internationalen Ebene zu allgemein und oberflächlich zu agieren, immer wieder mit der Forderung nach genauer Kenntnisnahme der Fakten und Bedingungen entgegenzuwirken.

Eine neue Form internationaler Institutionen, für die es jetzt erst wenige rudimentäre Erfahrungen gibt, muss entwickelt werden, wenn die Häftlings-Verbände nicht mehr als die zentralen Ansprechpartner für einen übernationalen Dialog zur Verfügung stehen. Die Verstärkung der internationalen Zusammenarbeit zwischen den verschiedenen Institutionen des kulturellen Gedächtnisses ist dafür eine Möglichkeit. Aber gerade auch im gesellschaftlichen Bereich wird es für die Wahrung des Wissens um die Geschichte der NS-Verbrechen und das Leiden der Opfer notwendig sein, weitere organisierte Formen des Austausches zu suchen. Ein guter Ansatz sind Städtepartnerschaften, die zwischen den Städten aus denen Menschen deportiert und denen, in die sie gebracht wurden, entstanden sind, z.B. zwischen Prato (Italien) und Ebensee (Österreich) oder zwischen Putten (Niederlande), Ladelund (Deutschland) und Neuen- gamme. Diesen Bereich konzeptionell weiter zu entwickeln und auszubauen, ist für den gesellschaftlichen Dialog über nationale Grenzen hinweg eine wichtige Zukunftsaufgabe. Die Zusammenarbeit über die Grenzen hinweg wird zunehmen. Sie ist not-

wendig, um die Forschung zu intensivieren, das internationale Publikum besser zu verstehen und um im Lernen voneinander die eigenen Mythen zu hinterfragen.

Entscheidend bleibt, ob dieser Prozess hierarchisch von oben nach unten organisiert wird; oder von außen aufgestülpt, wie etwa in der Task Force angelegt. Dieser wird auf Dauer äußerlich bleiben. Oder ob es gelingt, im partnerschaftlichen Dialog neue Formen und neue Institutionen der Erinnerungskultur zu schaffen, die in den verschiedenen Ländern eine tragfähige Basis für eine authentische und ernsthafte Beschäftigung mit dem Thema bilden. Diese länderspezifisch verschiedenen Einrichtungen können Grundlage für eine sachliche Weiterentwicklung des internationalen Dialogs sein und dadurch zugleich selbst an Kompetenz gewinnen und in ihrer gesellschaftlichen Bedeutung zunehmen. Dieser Prozess ist sicherlich wesentlich langwieriger und schwieriger zu entwickeln, dafür im Ergebnis nachhaltiger.

- 1 Siehe hierzu den Beitrag von Günter Morsch: Anmerkungen zu den jüngsten Diskussionen um das Mahnmal für die ermordeten Juden Europas, in: GedenkstättenRundbrief Nr. 83/1999.
- 2 U.a. Andreas Nachama, Vorsitzender der jüdischen Gemeinde zu Berlin, hat dazu Anfang der neunziger Jahre in einem Aufsatz geschrieben: »...der Holocaust hat theologische Züge angenommen.« Siehe dazu den Beitrag von Clemens Wergin: »Das ewige Dennoch« im Tagesspiegel vom 12. 3. 2001. Um in diesem Bild zu bleiben: Da es schwierig ist, mit Priestern über Glaubensgrundsätze zu streiten, bleibt lediglich die Hoffnung, dass sich in diesem Gebiet viele Religionswissenschaftler spezialisieren, mit denen eine sachliche Diskussion über diese Entwicklung möglich ist.
- 3 Siehe etwa den Artikel von Daniel Dettling: »Nicht für die Schule, sondern für das Leben lernen« im Tagesspiegel vom 29. 1. 2001.
- 4 Stefane Bruchfeld/Paul A. Levine: Erzählt es euren Kindern. München 2000 (Deutsche Buchhandelsausgabe)
- 5 Um nicht falsch verstanden zu werden, möchte ich darauf hinweisen, dass ich mit beiden Autoren persönlich über ihr Buch diskutiert und ihnen ein klein wenig bei der Recherche geholfen habe. In dem Buch gibt es einige Stellen, an denen ich die Darstellung für nicht richtig halte. Wenn man der grundsätzlichen Prämisse zustimmt, dass es sinnvoll ist, in einem Buch einen Überblick über die NS-Verfolgung mit dem Schwerpunkt Holocaust aus der Sicht der Opfer zu schreiben, gehört es sicherlich zu den besseren Veröffentlichungen.
- 6 Siehe hierzu die offizielle Dokumentation: The Stockholm International Forum on the Holocaust, Produktion: Swedish Information, Stockholm 2000.
- 7 Ebd., S. 41f.
- 8 Die Tagung »Wissensvermittlung über den Holocaust und das Martyrium der Völker. Bestandsaufnahme und Perspektiven« wurde vom 17.–19. Januar 2001 von der Aktion Sühnezeichen Friedensdienste e.V. und der Gedenkstätte Groß-Rosen in Duszniki Zdrój durchgeführt.
- 9 FAZ vom 19. 2. 2000, S. 1
- 10 Es sei darauf hingewiesen, dass das in diesen Ländern dazu führt, dass andere Institutionen, die, wenn auch in kleinerem Umfang, ebenfalls gute Arbeit leisten, international so gut wie nicht wahrgenommen werden.
- 11 Der Politologe Matthias Haß hat gerade seine Dissertation abgeschlossen, die einen Vergleich der Gedenkstätten U.S. Holocaust Memorial Museum, Yad Vashem und der Stiftung Topographie des Terrors sowohl in ihren Entwicklungen, ihren Arbeitsweisen und ihren gesellschaftlichen Bedeutungen vornimmt, als auch die hier kurz angerissenen Thesen detailliert darlegt.
- 12 Die Diskussion darüber wird in diesem GedenkstättenRundbrief in mehreren Beiträgen von verschiedenen Seiten beleuchtet. Zur Beschreibung der Aufgaben von Gedenkstätten, die mehr sind als – aber auch – zeitgeschichtliche Museen – siehe: Arbeitsgemeinschaft KZ-Gedenkstätten: KZ-Gedenkstätten in der Bundesrepublik Deutschland – Selbstverständnis – Leitlinien – Organisationsprofil, in: GedenkstättenRundbrief Nr. 80/1997, S. 18–20.
- 13 Entsprechende Grundsatzpapiere sowie Protokolle von Vorbereitungssitzungen sind in der PublicNewsgroup des GedenkstättenForums (www.gedenkstaettenforum.de) nachzulesen.
- 14 Diese Veranstaltung ist gemeinsam von der Stiftung Topographie des Terrors mit der Gedenk- und Bildungsstätte Haus der Wannsee-Konferenz und der Paolo-Freire-Gesellschaft durchgeführt und darüber hinaus vom Hamburger Institut für Sozialforschung und dem Auswärtigen Amt finanziell unterstützt worden.